

Kurzmeldungen Juni 2012

Klimagipfel „Rio+20“

Der Abschlusstext des Gipfels stand bereits fest, bevor die Umweltminister überhaupt eintrafen. Er war von der brasilianischen Konferenzpräsidentschaft rigoros in einer Nachtsitzung durchgedrückt worden. Die EU-Minister waren empört über den Stopp der Verhandlungen über den Entwurf. Doch die Brasilianer blieben hart. Damit war der Gipfel vorbei, bevor er überhaupt angefangen hatte.

Die Umweltverbände lehnen den Entwurf vehement ab, da er in den wichtigsten Bereichen weder klare Ziele noch konkrete Fristen enthält. Greenpeace kritisierte Venezuela und die USA, die die Bemühungen um einen dringend notwendigen verbesserten Meeresschutz massiv gebremst hätten. Auch der Passus zum langfristigen Auslaufen der Milliarden-Subventionen für fossile Brennstoffe wie Kohle und Öl sei im Textentwurf gestrichen worden.

Erstmals sei ein völliges Einverständnis aller Staaten für das Konzept der Green Economy erzielt und auch eine Aufwertung des UN-Umweltprogramms UNEP erreicht worden. Die EU werde sich nun bei der UN-Vollversammlung dafür einsetzen, dass das in Kenia ansässige Programm zu einer vollwertigen UN-Umweltorganisation (UNEO) aufgewertet werde.

Die Umweltorganisationen kritisierten das Konzept der „Grünen Ökonomie“ als Mogelpackung: „Das auf der Ausbeutung fossiler Brennstoffe beruhende Wirtschaftsmodell mit seinen Konsum- und Produktionsmustern wird durch die grüne Wirtschaft weder hinterfragt noch ersetzt“.

Greenpeace hat eine Kampagne zum Schutz der Arktis gestartet. Die Arktis wird von den Ölkonzernen angegriffen. Die Erdölförderung und industrielle Fischerei in der Hohen Arktis müssten sofort verboten werden.

Quelle: dpa 19.6. - 22.6.12

Kohlendioxidwert über 400 ppm

Erstmals hat der Kohlendioxidgehalt auf der Erde einen Schwellenwert von 400 Partikeln Kohlendioxid pro einer Million Luftteilchen überschritten. An der Station in Barrow in Alaska wurde im Frühjahr nach Angaben der US-Wetterbehörde NOAA zum weltweit ersten Mal über einen Monat ein solcher Wert gemessen. Neben Barrow sei der hohe Wert auch an sechs anderen Stationen registriert worden, auch in Finnland und Norwegen. Nur in Barrow hielt der Wert aber über einen ganzen Monat.

Die Arktis ist nur der Vorbote: Die Experten erwarten Werte von mehr als 400 ppm für die ganze Welt in etwa 4 Jahren.

Früher lag der Wert bei 280 ppm, doch schon seit Beginn der Industrialisierung der Erde vor drei Jahrhunderten steigt er beständig an. In den vergangenen Jahrzehnten ging es immer schneller: Waren es in den 1960er Jahren noch 0,7 ppm mehr im Jahr, sind es jetzt schon zwei. Im vergangenen Jahr lag der weltweite Durchschnitt bei 390,4 ppm.

Quelle: dpa 1.6.12

Gebäudesanierung zu langsam

Häuser in Deutschland müssen deutlich schneller gedämmt werden, um die Klimaschutzziele der Bundesregierung zu erreichen. Die Sanierungsquote müsse verdoppelt werden, ergab eine Untersuchung des arbeitgebernahen IdW im Auftrag des Eigentümerverbands Haus und Grund. Für die meisten Eigentümer lohnt es sich demnach nicht, Geld in neue Heizungen, Fenster, Dämmung und andere Energiesparmaßnahmen zu stecken, wenn das Haus nicht sowieso saniert werden muss.

Die Bundesregierung will, dass der Energieverbrauch der Gebäude bis 2050 um 80% sinkt. Nach der Studie werden derzeit pro Jahr etwa 3% aller Gebäude saniert, davon aber nur ein Drittel unter dem Gesichtspunkt Energiesparen. 2% seien notwendig, um das Regierungsziel zu erreichen.

Quelle: dpa 4.6.12

antarktisches Weddellmeer schmilzt

Warmes Meerwasser könnte das Schelfeis von unten schmelzen lassen. Dadurch würden auch große Inlandeismassen in den Ozean abrutschen. Bislang galt die weitverbreitete Annahme, dass das Schelfeis des antarktischen Weddellmeers aufgrund seiner Randlage von den unmittelbaren Einflüssen der Erderwärmung verschont bliebe. Klimamodelle des Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und Meeresforschung (AWI) zeigen nun aber, dass das Filchner-Ronne-Schelfeis im Weddellmeer innerhalb der nächsten 60 Jahre rapide zu schmelzen wird. Damit fiel auch die Barriere für nachrutschendes Inlandeis weg. Statt wie bislang etwa 1,5 mm würde der Meeresspiegel um bis zu 4,5 mm im Jahr steigen, also fast einen halben Meter in 100 Jahren.

Quelle: FAZ 11.5.12

Sollbruchstellen

Hersteller bauen ihren Produkten Sollbruchstellen ein, damit diese schneller kaputtgehen und Verbraucher gezwungen sind mehr zu kaufen. Beispielsweise sind Flachbildfernseher nach Erfahrungswerten von Experten im Schnitt schon nach wenigen Jahren nicht mehr funktionsfähig - größte Schwachstelle ist das Netzteil. Hersteller verhindern auch, dass Verbraucher Schwachstellen wie Akkus austauschen können, beispielsweise bei iPhones oder elektrischen Zahnbürsten. Weitere Beispiele sind Tintenstrahldrucker mit eingebauten Zählern, die nach einer bestimmten Anzahl gedruckter Seiten nicht mehr funktionieren und den Verbraucher zur Wartung zwingen. Bei Laptops sind Netzteil, Scharniere und Display häufige Schwachstellen. Oft ist auch die Reparatur des Produkts nicht möglich.

Bereits im Jahr 1924 schlossen zahlreiche große Glühbirnenhersteller - unter ihnen Osram und Philips – einen Pakt, die Haltbarkeit von Glühbirnen absichtlich auf 1000 Stunden zu begrenzen.

Quelle: Greenpeace 19.2.12

Nanopartikel schädigen DNA

Amerikanische Wissenschaftler konnten nachweisen, dass sich Nanopartikel in Pflanzen stärker anreichern als größere Partikel und die DNA der Pflanzen beschädigen können. Nanopartikel lassen sich nicht verbrennen. Das zeigten Untersuchungen von Schweizer Wissenschaftlern. Damit droht ein Problem wie bei Asbest und Pestiziden. Denn Nanopartikeln können sich in Rückständen von Müllverbrennungsanlagen anhaften und von dort in die Umwelt gelangen. Die Rückstände mitsamt anhaftenden Nanopartikeln landen heute auf Mülldeponien oder werden abermals aufbereitet.

Es muss sichergestellt sein, dass entsprechend neue Nanopartikel durch Mülldeponien nicht in Wasser- oder Nahrungskreislauf gelangen oder durch weitere Aufbereitung in die Atmosphäre freigesetzt werden.

Quelle: sonnenseite.com 26. und 29.5.12

Verseuchung der Böden durch Antibiotika

In der Massentierhaltung werden Antibiotika in großem Umfang eingesetzt. Diese gelangen auf die Felder, wenn die Gülle der Tiere als Dünger auf den Feldern verteilt wird. Der Grad der Verseuchung hängt von der Menge und der Art der Antibiotika ab: manche sind nur schwer abbaubar und haften länger und stärker als andere an den Böden.

Die landwirtschaftlichen Flächen sind in Belgien, Irland, Dänemark, Deutschland, Großbritannien und in den Niederlanden am meisten verseucht. In Bulgarien, Griechenland und in Schweden ist das Risiko geringer.

Quelle: sonnenseite.com 9.4.12, EU Umweltbüro

Kosten der Bundeswehr-Auslandseinsätze

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben im vergangenen Jahr rund 1,48 Mrd Euro und damit 74 Mio mehr als geplant gekostet. So summierte sich der finanzielle Aufwand für die Afghanistan-Mission allein auf 1,28 Mrd Euro. Mit weitem Abstand folgen die Einsätze im Kosovo (68 Mio Euro), vor der somalischen Küste (62 Mio) und im Libanon (25 Mio). Die ersten 10 Jahre des Afghanistan-Einsatzes haben nach Berechnungen des DIW 17 Mrd Euro gekostet. Das war dreimal so viel wie die von der Bundesregierung offiziell veranschlagten 5,5 Mrd Euro. Sollte es wie geplant zu einem schrittweisen Abbau der Truppenstärke bis 2014 kommen, würden sich die Gesamtkosten nach Schätzung der Experten aus dem Herbst auf 22 Mrd Euro summieren.

Quelle: dpa 25.3.12, Wirtschaftswoche

CO2-Grenzwerte der EU-Autohersteller

Ein neues EU-Strategiepapier sieht vor, die geplanten europäischen CO2-Grenzwerte für die Autohersteller in Europa aufzuweichen. Urheber ist die sogenannte „Cars-21-Gruppe“. Die Autoindustrie schlägt vor, daß sie mit Schulungen für verbrauchsarmes Fahren den CO2-Grenzwert für die Neuwagenflotte drücken könnte.

Greenpeace hält stattdessen einen europäischen Grenzwert von 80g CO2/km für klimapolitisch notwendig und für technisch machbar.

Quelle: Greenpeace 5.6.12

Verfassungsschutz macht Reformvorschläge

Als Konsequenz aus den Pannen bei der Aufklärung der Neonazi-Morde der Zwickauer Terrorzelle schlägt das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) eine grundlegende Reform der Ermittlungskompetenzen vor. Dazu sei ein Bericht vorgelegt worden. Das BfV will die Kompetenzen seiner Kölner Zentrale ausweiten. So sollten etwa die Landesämter künftig nur noch Informationen sammeln, die dann zentral ausgewertet würden. Dagegen gebe es aber schon jetzt erheblichen Unmut in den Ländern.

Alternativ könnten die Verfassungsschutzämter ähnlich organisiert werden wie die Polizei: Im Einvernehmen mit den Ländern soll Köln danach einzelne Fälle an sich ziehen können und bei bestimmten Themen federführend agieren, so wie es das Bundeskriminalamt auf polizeilicher Ebene tut. Die Analyse und Auswertung bliebe aber in den Ländern.

Der BfV-Bericht fließt nun in die Beratungen der Bund-Länder-Kommission ein, die Vorschläge für eine bessere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden machen soll, sagte der Ministeriumssprecher. Deren Abschlussbericht werde im Lauf des Jahres erwartet.

Quelle: dpa 17.6.12

Ermittlungsfehler bei NSU-Morden

Die Polizei soll nach einem der NSU-Morde 2006 Hinweise auf rechtsradikale Täter erhalten haben, diese seien aber nicht weiter verfolgt worden. Nach der Ermordung eines Kiosk-Betreibers in Dortmund habe eine Zeugin zwei Verdächtige beobachtet und einen als „ein Junkie oder ein Nazi“ beschrieben.

Diese Vermerke sind Gegenstand der Ermittlungsakte, die in vollem Umfang der Ermittlungsgruppe „BAO Bosphorus“ und damit allen von der Mordserie betroffenen Strafverfolgungsbehörden zugänglich war. Da dieser Spur eine besondere Bedeutung zugemessen worden sei, sei sie auch Gegenstand von Besprechungen der BAO Bosphorus gewesen.

dpa 3.6.12

Schlachtung ohne Betäubung auf Schlachthöfen

Die Bundesregierung hat „schwerwiegende Zwischenfälle“ bei der Tötung von Schweinen und Rindern auf deutschen Schlachthöfen festgestellt. Aufgrund der auf den rund 5100 zugelassenen deutschen Schlachthöfen geltenden Akkordarbeit müssten Tiere wegen Defiziten bei der Betäubung unnötig leiden. Bis zu 9% der Rinder würden nicht richtig betäubt, bei Schweinen belaufe sich die „Fehlbetäubungsrate“ bei von Hand bedienten, elektrischen Anlagen auf bis zu 12%. Solche Zwischenfälle seien „aus Sicht der Bundesregierung so schwerwiegend“, dass die tierschutzgerechte Tötung weiterentwickelt werden müsse. Demnach würden auf einem Schlachthof bis zu 750 Schweine pro Stunde betäubt, fünf Sekunden blieben dann für die fachgerechte Tötung. Bei Rindern seien es 80 Tiere pro Stunde und 45 Sekunden für die Tötung.

Quelle: dpa 21.6.12

neuer Gentechnik-Mais vor Zulassung in den USA

Das Landwirtschaftsministerium der USA will einen Gentechnik-Mais von Dow AgroScience zulassen, der gegen das hoch umstrittene und giftige 2,4-D resistent ist. Damit würde neben Bt und Glyphosat ein neues Gift bei herbizidfesten Genpflanzen in die Anwendung kommen. Bereits Percy Schmeiser hat bei seinen Auftritten in Deutschland vor Brustkrebs, Prostatakrebs, Bienenvölkersterben durch den Einsatz dieses Pestizids gewarnt. Auch das Krankheitsrisiko für Parkinson wird durch 2,4-D-Pestizide erhöht. Bei 2,4-D handelt es sich um ein Gift, das auch als Bestandteil des Entlaubungsmittels "Agent Orange" im Vietnamkrieg verwendet wurde. Es löst abnorme Wachstumsschübe aus und führt damit zu Deformation und zum Absterben der Pflanzen. Solche Pflanzen würden den Einsatz von 2,4-D stark erhöhen.

Quelle: keine-gentechnik.de 27.4.12